

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Dresdner Nachrichten  
Gesamtausgabe: 25 241  
Preis für Beobachter: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auflösung oder durch die Post  
bei täglich zweimaligem Verkauf monatlich 21,- M., vierfachlich 6,- M.  
Die einzige 2 Mm breite Zeitung 2,- M. Mit Sammelmarken, Abzeichen unter  
Städten u. Wappenmagnet, Spiegelkarte u. Verhältnis 25%. Vierzehntägliche und  
Tägliche Ausgabe gegen Vorabenzahlung. Gesamtausgabe 1 M.

Gedruckt und ausgedruckt: Martensdruck 38/40.  
Druck u. Verlag von "spit & Reichenbäck in Dresden".  
Postleitzahl 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") gestattet. — Unaufgerückte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

## Die sächsische Polizei im Reichstage.

Beginn der Osterferien. — Eine Schlussansprache des Präsidenten Löbe.

(Nachrichten aus dem Reichstag, Berliner Schriftsteller)

Berlin, 7. April. Im weiteren Verlaufe der heutigen Reichstagssitzung wird die zweite Sitzung des Staats des Reichsministeriums des Innern bei den Ausschäften für

### Polizei und Technische Nothilfe

sitzt. — Abg. Berndt (D.A.) weist auf die Verhandlungen in der Schupo hin. Preußen und Sachsen haben sich nicht alsfähig erwiesen, in dieser Frage Ordnung zu schaffen. Daher muss das Reich eingreifen. In Preußen muss das ganze jetzt herrschende System der Schupolizei beseitigt werden. In dem Verbundswesen liegt die Ursache alles Neubaus. Die beiden Verbände in Preußen bekämpfen sich gegenseitig und sind nur einig, wenn es gegen die Vorgesetzten geht. Ministerialdirektor Dr. Abegg hat den Geist der Aufschaltung und Furchtlosigkeit groß werden lassen. Jetzt wird er die Helfer, die er zielte, nicht mehr los. Dem Vorgesetzten ist durch die neue Disziplinarverordnung fast jede Strafmaßnahme verboten. Ein großer Teil der Schupo hat beim Eisenbahnerstreik mit den Streikenden sympathisiert und Notheiter gegen Bedrohungen und Misshandlungen nicht gehandelt. Es ist sogar zu Geldstrafen für die Streikenden gekommen. Das System der Vertrauensmänner dient der Verherrigung der Schupo und der Denunziation. Redner fordert die Entfernung Abeggs und bedauert, dass Minister Löber die

### phantastischen unwahren Angriffe gegen die Schupo in der französischen Kammer

erst so spät widerlegt hat. Die Folge sei die Note der Entente, die die völlige Entwaffnung der Schupo verlangt. Womit soll sich Deutschland denn gegen bolschewistische und kommunistische Umtriebe wehren? Vielleicht mit Spazierhunden und Regenschirmen? Viele betrachten die Schupo nur als einen Unterhirsch, bis sie eine besser bezahlte Stellung gefunden haben. Es ist lediglich eine andere Form der Erwerbslosenfürsorge.

### Inzwischen ist ein Antrag Marchely (D. Vp.) gegen die sächsische Polizei-

#### Verhältnisse

eingegangen. Es wird beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, die Auszahlung der für die Zwecke des polizeilichen Schuhes bestimmten Mittel an das Land Sachsen davon abhängig zu machen, doch darf die Einrichtung der Kommissare, die den Interessen der Polizei zumüllernden Anordnungen treffen, bestätigt und auch nicht durch sächsische Institutionen erachtet werden.

Abg. Ruhmäder (Unabh.) beantragt dagegen, die Reichsauswendungen für polizeiliche Zwecke in Bayern zu sperren, solange reaktionäre Kreise und Mörderzentralen dort geduldet würden.

Abg. Dr. Schreiber (D.): Wir erkennen an, dass unsere Schupolizei Werkzeug geleistet hat, aber

#### die Zustände in Sachsen

erfüllen uns mit einiger Besorgnis. Es ist ein Mißerfolg, dass wir in Preußen nur vier Regierungskommissare haben, während Sachsen allein zwölf besitzt. Wir ersuchen die Reichsregierung, mit der sächsischen Regierung in Verhandlungen einzutreten, damit eine Nachprüfung erfolgt, ob diese

#### Regierungskommissare

nötwendig sind. Im Gegensatz zu einer Verkürzung des Reichsministeriums des Innern macht die sächsische Regierung sehr umfassenden Gebrauch von der Kündigungsbefreiung. Die Polizeibeamten sind darüber sehr erregt. Die Offiziatoren haben sich keines auf den Boden der Verhältnisse gestellt. Der sächsische Minister des Innern hat die Entlassung eines Polizeiwachmeisters aufgehoben, der ehemals Landstreicher war! Wir verlangen von den sächsischen Regierungskommissaren in allem eine größere Zurückhaltung. Bestimmte Sachsenvorhängen innerhalb der Schupo sollten für das ganze Reich eine einheitliche Regelung finden.

Sächsischer Gesandter Dr. Grodnauer: Dr. Schreiber ist falsch informiert. Es ist nicht richtig, dass ein Wachmeister bei einem Vorgesetzten Haushaltung abgehalten hat. Das hat vielmehr ein Staatsanwalt getan mit Unterstellung eines Wachmeisters aus einem anderen Bezirk. Es ist nicht richtig, dass nur drei Regierungskommissare statthaft wären. Die Auswahl für den staatsbürgerslichen Unterricht ist lediglich aus pädagogischen Rücksichten erfolgt. (Ausruf des Abg. Dr. Reichert, D.A.: Wer es glaubt, kriegt einen Totenkopf!) Nach der Parteianhörbarkeit wird nicht gepraktiziert. Die Dienstanweisungen für die Kommissare werden ich bei meiner Regierung auferorden.

Abg. Marchely (D. Vp.): Wir müssen dafür sorgen, dass die Interessen der Allgemeinheit gewahrt werden, auch bei Streiks.

Dr. Grodnauer hatte eine schwere Aufgabe. Wer die sächsische Verhältnisse kennt, weiß, dass die sächsische Landespolizei tatsächlich auf das schwerste bekracht ist. Die Regierungskommissare dienen reinen Parteiinteressen.

Bezüglich der Note über die Schupo dürfen wir nur das erfüllen, was im Friedensvertrag und in der Note von Boulogne ange sagt ist. Dort haben wir uns nur verpflichtet, unsere Polizeibeamten nicht über 150 000 Mann zu vermehren. Ganz schulisch ist unsere Bewölkung in der 10-Kilometer-Zone. Ein Abbau der Technischen Nothilfe würde nur zu neuen Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zur Verwirrung ausgenutzt werden. Die Gefahr großer und bedrohlicher Streiks steht am Horizont. Sie sollen ausschließlich ausgenutzt werden zur Aufhebung der Bevölkerung gegen die bestehende Staatsordnung.

## Der Zerfall der Internationale.

"Ein historischer Moment", so hatte das Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands die Wiedergabe der Resolution überschrieben, die am Ende der vierjährigen Verhandlungen von den Vertretern der drei Internationalen geführt worden war. Und in den einzelnen Sätzen, die dieses Blatt dem Wortlaut der Erklärung vorzeichnete, konnte man in Hinsicht von der Herstellung der proletarischen internationalen Einheitsfront und von "gemeinamerikaner Willensfundation" lesen. Was dann folgte, was, um in der Sichtlinie der "Freiheit" zu bleiben, den "historischen Moment" darstellen sollte, war gerade das Gegen teil dessen, was man nach diesen hochtönenden Ankündigungen erwartet hatte. Es war das Bekennen der drei Internationalen, dass eine proletarische Einheitsfront über die nationalen Grenzen hinweg ein Unding ist, das es so gut wie keine Gemeinsamkeit zwischen Moskau auf der einen, London und Wien auf der anderen Seite gibt, ja, dass die Hoffnungen und Ziele des Internationalen Gedankens überhaupt einem jämmerlichen Scheitern zum Opfer gefallen sind. Alles andere, was in der langatmigen Endresolution des Kongresses den gegenteiligen Eindruck zu erwecken bestimmt ist, entpuppt sich bei näherem Rückschen als wenig geschickte Spiegelfedderie. Darunter gehört der Plan lüstiger Verträge aller auf der Konferenz vertreten gewesenen Mächte "zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen", darunter die Schaffung des neu gegründeten Organisationsausschusses, der die späteren Zusammenkünfte vorbereiten soll, darunter auch die für den 20. April oder 1. Mai anberaumten Internationalen Demonstrationen. Ganz stillos aber werden diese Verträge und die gesamte Einigkeitsformel durch die Satzzeile der drei Internationalen, in denen jede zu verbreiten galt, wie sie die getroffene Vereinbarung auslegt und in welchen Punkten sie eine ganz besondere Ausfällung habe. Es gehört schon moskowitische Vorurtheil oder Verlogenheit dazu, angelichts eines solchen Dokuments auch nur von "schmucken Anfängen" einer internationalen Einheitsfront des Proletariats zu sprechen. Der Anfang vom Ende jedoch gebliebenen internationalen Gemeinsamkeit ist es vielmehr, den die acht Vertreter von London, Wien und Moskau in ihrer Erklärung feierlich bestiegen. Keiner von ihnen wird heute noch im Ernst glauben, dass die Gegenseite, die zwischen den verschiedenen Mächten mehr noch zwischen den einzelnen Vertretern ihrer Nationalität nach, auf der Berliner Tagung vertreten, jemals völlig überwunden werden können.

Man denkt eben in Moskau anders als in London und Wien; man sieht die Probleme der marxistischen Lehre, ganz abgesehen von ihrem Werturteil in jeder der internationalen Zentralen verschieden auf und nimmt zu den Tageserklärun gen Stellung, so wie es der Menschenklaa, die eng begrenzten völklichen Bedürfnisse erfordern. Das ist eine der menschlichen Natur entsprechende Selbstverständlichkeit, deren fortwährende Entwicklung sich durch nichts hemmen lässt. Und in ihr liegt auch der tiefste innere Grund beschlossen, warum die Internationalisten in Berlin nie wiederbleiben müssten. Es waren Russen, Engländer, Franzosen, Belgier, Deutsche, die dort verhandelten, die um ihrer Programmprediken willen wohl gern die nationalen Hemmnisse überwunden und sich als rechte Kosmopoliten achtet hatten, die aber über die Macht der wider ihren Willen in ihnen wirkenden nationalen Kräfte und Verschiedenheit in nur an den wenigen Stellen hinausgelangten. Ein Musterbeispiel, der russische Polizeiwelt Nadel. Als er am dritten Verhandlungstag die Vergewaltigung der kleinen aoristischen Republik durch den russischen Kolch betonte, rinnnte er als eine seiner vornehmsten Begründungen für die Rechtfertigung dieser Handlungsmöglichkeit nur an, dass Russland die geistige Kapitalquellen braucht; ein Reichen darf, das also auch bei den Polizeiwelt nicht das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes den Ausdruck für die nationale Zugehörigkeit gibt, sondern das Bedürfnis des mächtigeren Staates. Nadel, Lenin, Trotsky, Krassin und wie sie alle heißen mögen, sind die Sohnwäter Russlands; und erst wenn die nationalrussischen Wünsche und Bedürfnisse befriedigt sind, längst bei ihnen der Internationalismus auf. Die Internationale ist für sie ein Deckmantel, unter dem sie für Russland Geschäfte zu machen suchen. Das ist die Lehre, die man aus der großen Rede des Moskauers zu ziehen berechtigt ist.

Und was von den russischen Vertretern gesagt werden muss, das gilt in demselben Sinne für Macdonald, Bonner, Serrati, die englischen, belgischen und italienischen Abgeordneten der zweiten Internationale. Warum hat Macdonald für die labour party in der Frage der Unabhängigkeit Irlands die Bedingung gestellt, so fragte Nadel, dass die irische Rüste neutralisiert werde? Weil er als Vollblutengländer darauf bedacht sein musste, dass diese Rüste niemals zur marxischen Basis gegen England werde. Wo bleibt bei dieser Stellungnahme der Internationalismus, dem die nationale Sicherung angeblich gleichgültig ist? Wo liegen die englischen Arbeiter, wenn britischer Imperialismus an irgendwelchem Ende der Welt ein kleines Volk aus selbstsicherer Weise niederrichtet? Sie führen in Frieden an ihrem heimischen Herd und halten es für ebenso selbstverständlich wie Lloyd George oder der englische König, dass England in der Welt herrschen muss, und um seiner Existenz willen nicht nach internationalen Rücksichtnahmen fragen darf. Sie sind keine Internationalisten, die die Interessen ihres Landes um einer Weltbegleichungslösung willen preisgeben, sind nicht das, wozu sie einige theoretische Fanatiker stempeln möchten. Und ebenso wenig sind es die belgischen, französischen, italienischen Arbeiter. Als am Anfang der Berliner

Weltkonferenz Nadel die Erklärung der Moskauer Internationale zur Reparationspolitik zur Verlesung brachte, in der das gesamte Proletariat „gegen das Vorliebeben des Verfasster Vertrages“ aufgerufen wird, erhob sich Banderolle und gab zu verstehen, die Befestigung der Reparationslasten des Verfasster Vertrages würde bei den Arbeitern Deutschlands zwar selbstig angenommen werden, mehr noch bei Hugo Stinnes; Frankreichs und Belgien Arbeitern aber litt unter dem Krieg noch am schwersten, hatten die Voit der Befreiung für den Wiederaufbau zu tragen und würden darum von einer solchen Rendierung des Verfasster Vertrages am wenigsten entzückt sein. Das soll das Urteil eines Internationalisten sein, eines Vorfahrs für allgemeine Menschenrechte, eines Mannes, der alle sozialen Sonderinteressen verneint und nur das Gemeinsame des Weltproletariats sieht? Man lacht und muß in diesem Hause dem Urbolschewisten Nadel recht geben, der da dachte, es spräche hier der legitime Minister, der vor Genua die Freiheit seiner Regierung nicht zu hören wünsche. Gerade in diesem Punkte, im Urteil über die Reparationslasten des Verfasster Vertrags, hätten die drei Internationalisten, wären sie da, was sie vorgeben, den Beweis ihrer Gemeinsamkeit erbringen können. Dass es den Winkelzügen der sozialdemokratischen „Internationalisten“ gelungen ist, auf der Berliner Tagung eine Stellungnahme zu diesen Fragen zu hinterreden, ist bezeichnend und gleichzeitig verächtlich für den ganzen Internationalismus. Der Hinweis auf die Frankfurter Ausländerkonferenz mit ihrer schweren Entschließung gegen die Reparationen ist nur eine schwache Ausflucht, denn was in Frankfurt, was ein Jahr früher in Amsterdam auf der Konferenz der zweiten Internationale zur Reparationsfrage beschlossen worden war, ist ungehört in der Welt verhallt. Zu einer neuen, vor Genua besonders eindrucksvollen Ausgebung hat es aber bei den Weltrevolutionären nicht gelangt, und zwar deswegen nicht, weil sie alle doch letzten Endes ganz kleine, natürlich maßig aufschwiegende Speckbücher ihrer Länder sind, deren internationales Gehöft dort zu Ende ist, wo die Gemeinsamkeit und die Erfolgsbereitschaft für einander auftauchen sollten.

Was ist also schon heute, wo man der allgemeinen Wirtschaftsnot der Welt noch etwas Zusammenschweißendes denkt, dass das Bild der drei Internationalen als das ganz loscher, einander feindlicher, zum mindesten gleichgültiger Gebilde, so wird die voranschreitende Zeit auch die oberflächliche Zusammenhänge, die heute noch bestehen mögen, mehr und mehr auflosen, und nur im Kopfe der führenden Eliten wird so etwas wie die Vorstellung eines internationalen Zusammenhalts vorhanden bleiben. Nun, das Kapitalistische Bürgertum, besonders in Deutschland, wird diesem Zusammenbruch internationaler Bauldeideen keine Träume nachweisen. Vielleicht aber kommt auch noch einmal vor Abschluß dieses Prozesses „der historische Moment“, wo die deutschen Arbeiter einsehen, daß sie unter all den internationalisierenden Gruppen und Gruppchen sich am leichtesten und am kürzesten gebündelt haben, und daß es für sie Zeit ist, dem nationalfühlenden belgischen oder englischen Durchschnittsgenossen nachzutun.

## Eine Eisenbahnhypothek als Garantie?

Paris, 7. April. Die Unterredung Poincaré mit Poynard wird nicht im Auswärtigen Amt, sondern im Salonzwinger Pion Georges stattfinden. Aus London wird gemeldet, Pion Georges habe seinen Ministerkollegen zu vernehmen gegeben, daß er in etwa 14 Tagen nach London zurückkehren werde. Der „Tempo“ präzisiert den französischen Standpunkt zu einer etwaigen Behandlung der Wiedergutmachungsfrage in Genua dahin, daß Frankreich zwar jede Ausprache über die Höhe der deutschen Schulden und über die Befreiung des Wiedergutmachungsabschlusses ablehne, daß aber in Genua sehr wohl die Möglichkeit einer ersten deutschen Anleihe erörtert werden könnte. Der Bericht dieser Anleihe brauche nicht sehr hoch zu sein. Als Garantie für die Geldgeber könnte eine Hypothek auf die deutschen Eisenbahnen in Frage kommen. Zu diesem Zwecke müsse der Wiedergutmachungsabschluß das Vorrecht aufheben, daß den Verbindeten nach Art. 248 des Verfasster Vertrags zustehe. Nach dem vom „Tempo“ aufgetretenen Plan soll ein Teil der Deutschland gewährten Anleihe zur Sanierung der deutschen Eisenbahnen zur Verfügung gestellt werden.

## Kennens über die Stabilisierung der Wechselkurse.

London, 7. April. „Manchester Guardian“ bringt unter der Überschrift: „Die Stabilisierung der europäischen Wechselkurse – ein Plan für Genua“ einen ausführlichen Artikel von Kennes, der u. a. schreibt, er lege augenscheinlich keine andere Lösung der Stabilisierung als durchführbar an, als die der Schaffung des Goldstandards in so vielen Ländern wie nur möglich. In der Frage, ob Stabilisierung oder Deflation vorauszusehen sei, führt Kennes aus, augenscheinlich sei die Stabilisierung der vollständigste Weg; die Politik der Verteilung der Staatsbauten Europas treibe jedoch noch Verbesserung der Wechselkurse. Kennes hält die Ansicht, es sei wichtiger, die Wechselkurse festzulegen, als sie zu verbessern, und führt fort, die Deflation sei nur bei Ländern angebracht, die keinen eigenen, ihre Wirtschafts-Goldstandard bald wiederherstellen. Dies könnte gesagt werden von Großbritannien, Holland, Schweden, der Schweiz und Spanien, jedoch von keinem anderen europäischen Lande. Nur das finanzielle Prestige Frankreichs mache es einen geringen Unterschied aus, ob der Franken auf 40 oder 50 für das Goldpfund, ob die Lira auf 70 oder 100 für das Goldpfund stabilisiert werde. Kennes rechnet, daß die Länder, deren soziale Zahlungsmittel einen Goldwert haben, der um mehr als 20 Prozent im Vergleich zu ihrem Wert vom Jahre 1914 gefallen ist, eine Wiederherstellung ihrer Währung auf der Goldstandardwerbissicht nicht verloren möchten. Alle Währungen müßten bald gegen Gold zu einem festen Tas aus tauschbar sein. Der Goldumlauf müsse verringert werden, da Europa kein genug Gold als Reserve gegen Wechselkursänderungen gehabt habe. Kennes schreibt, er sei der Ansicht, es werde schwer sein, die Währungen der zahlreichen Nachbarn Deutschlands wiederherzustellen, solange die deutsche Mark Schwankungen ausübt sei. Die neuen Goldwerte der Länder müssten auf der Finanzmärkte des Landes fixiert, damit das Risiko eines Zusammenbruchs so gering wie möglich sei.

## Produktionseinschränkung in den Leinwandwerken.

Halle, 7. April. Das Leinwandwerk hat sich geeinigt, aus Mangel an Rohstoff die Stückförderung um 100 Tonnen reinen Goldstoffs entsprechend 300 Tonnen schwefelarmen Ammoniak pro Tag einzuschränken.

Dies bedeutet einen schweren Schlag für die Landwirtschaft, deren Bedarf an Kunstdünger gerade jetzt besonders stark ist.

**Der offizielle Übertritt der Kommunistischen Arbeitergemeinschaft zu den Unabhängigen.**

Berlin, 7. April. Von 15 Mitgliedern der kommunistischen Arbeitergemeinschaft erklärten heute im Reichstag ihren Übertritt zur unabhängigen Fraktion. Drei Mitglieder, Barthel, Blaibach und Reich, traten nicht zu den Unabhängigen über. Da der Abgeordnete Brühl aus der unabhängigen Fraktion ausgeschieden ist, beträgt der Gewinn der Unabhängigen 11 Abgeordnete.

**Ende der Arbeitsausperrung in Dänemark.**

Roskilde, 7. April. Die große Ausperrung, die vier Wochen gedauert hat, wurde heute beendet, indem in den Versammlungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, der Vorschlag der staatlichen Schlichtung, behörde angenommen wurde. (B. T. B.)

## Die Streitauseinandersetzung im Beamtenbund.

Berlin, 7. April. Die Bundestagung des Deutschen Beamtenbundes sah heute die Aussprache über den Eisenbahnerstreik und seine Folgen fort. Der Vertreter des Reichsverbandes der Kommunalbeamten erhob schwere Vorwürfe gegen die Regierung und die politischen Parteien, die jede Beamtenforderung immer unter dem Gesichtspunkt bedrohten: Was kostet uns das? Auf die Angriffe schaute er mit: das, das die Beamtenchaft die Eisenbahner im Güthe gelassen habe, erklärte der Eisenbahner Solidarität in allen Ebenen, aber sie kostet dort soviel,

so der Terror auslöst.

Der Vertreter des Reichsgewerbevereins behauptete, wenn sich der Beamtenvorstand im Streit hinter die Eisenbahner gekehlt hätte, wäre das ganze Unglück erheblich abgetanzt worden. Auch der Vertreter der Reichsjustizbeamten trat lebhaft für das Streitrecht der Beamten ein. Die Verlassung habe den Beamten das Qualitätsrecht in allen seinen Auswirkungen gegeben und die Beamtenchaft dürfte sich von diesem Recht nichts rauben lassen.

Darauf nahm zu längeren Ausführungen der 1. Vorsitzende der Reichsgewerbeverein Deutscher Eisenbahner Worte ne das Wort. Er erklärte, der Streit der Reichsgewerbeverein sei eine Naturgewalt (!) gewesen, die die Beamtenchaft aufgerüttelt habe. Es handle sich darum, die Einheitlichkeit der Beamtenchaft herzustellen. Wenn der Kampf kommt, und er kommt wieder (!), so müsse die Garantie dafür vorhanden sein, daß die Beamtenchaft als solches kämpfe. In der Frage der Gewerkschaften sollten auch die höheren Beamten Solidarität zeigen. Damit würde der Regierung auch der Beweis gegeben, daß diese Beamten, wenn die Regierung sich wieder einmal stärken sollte, ihr gefährdet werden könnten. Solche Beweise seien möglichst oft an zu geben. Weil aber die Reichsgewerbeverein sich nicht auf die Beamten verlassen könne, gäbe sie bemüht an die Arbeiter heran, um die Einheitsfront zu schaffen.

Bundesvorsitzender Flügel erklärte zu den Ausführungen Pioncarés, er sei Menne dankbar dafür, daß er so klar gesprochen habe. Nun wisse man, woran man sei. Flügel ging dann in weiteren Ausführungen noch einmal auf die Vorgeschichte des Eisenbahnerstreikes ein. Die Reichsgewerbeverein sei in den Streit getreten, ohne ihre Mitglieder durch Urabstimmung zu befragen. Er wisse aber nicht, ob es zweckmäßig sei, die Schuldfrage gar zu weit zu erweitern. Die legale Schuldfall auf dem Streit liege ohne Zweifel bei dem Verfasster Friedensvertrag, aber es gäbe auch Rückschläge in unserem Volke, und dazu gehöre die Regierung, gehöre das Reichsfinanzministerium mit seiner schwankenden Beladungspolitik, mit dem man bei jeder Regelung wenigstens einen Teil der Beamtenchaft regelmäßig vor den Kopf geholt habe. Es sei auch nicht angängig, daß man von Regierungssseite ausdrückliche Befreiungen an den Verhandlungstisch setze. Auch der Reichstag ist nicht frei von Schuld. Er hätte nicht auf die Initiative in den Verhandlungen eingehen dürfen. Der Eisenbahnerstreik im Februar sei ein Ausbruch des französischen Wirtschaftskörpers Deutschlands ge-

wesen. Es trage aber nicht zur Gefährdung des Wirtschaftslebens bei, wenn derartige Fälle Wiederholung finden. Zu oft angewandt werde sich die Macht eines Tages gegen die Beamtenchaft wenden. Die Politik des Deutschen Beamtenbundes solle auch in Zukunft die durch die Gewalt gedämpfte Kraft sein.

Sodann ein Antrag eingelaufen war, die Wahl des ersten Vorstandes sofort vorzunehmen, gaben dann die Vertreter der einzelnen Beamtengruppen Erklärungen über die Stellungnahme ihrer Organisationen zu den programmativen Erklärungen ab. Die überwiegende Mehrzahl hielt so auf den Standpunkt, daß für den Beamten ein Streit zur Erreichung besserer Bezahlung nicht in Frage kommen könne. Der Vertreter der Reichsgewerbeverein erklärte, als ultima ratio müsse der Streit unter allen Umständen erhalten bleiben, für die Gewerkschaften deutscher Verwaltung. Und Flügel erklärte der Vertreter Beute, daß er ja auf den von der Reichsgewerbeverein eingenommenen Standpunkt stelle. Für den Landesverband Sachsen erklärte der selbe Flügel, die programmativen Erklärungen müßten an sich Billigung. Unterstellend Heiterkeit erklärte Beute weiter, daß Flügel gleichzeitig das Aktionsprogramm Menne ablehne, sei ihm unmöglich, sich für oder gegen Flügel zu entscheiden, denn sein Gewerkschaftsprogramm schließe das Aktionsprogramm Menne nicht aus.

Entsprechend dem Beschluss der Versammlung wurde dann zur Neuwahl des Bundesvorstandes geschritten. Die Abstimmung ergab die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden Flügel mit 278 von 427 abgegebenen Stimmen. 20 Delegierte, die dem Landesverband Sachsen und zum Teil der Reichsgewerbeverein angehören, enthielten sich der Stimme. Flügel dankte für seine Wiederwahl und erklärte dann, daß diese Wahl mehr als eine Personfrage war. Es war die Entscheidung über die Politik, die von dieser Stunde an im Deutschen Beamtenbund getrieben werden solle.

Am Anschluß daran kam es zu tumultarischen Szenen, als Dr. Waldmann von den sozialistischen Verbänden den Antrag stellte, die Verhandlung zu unterbrechen, da eine große Gruppe innerhalb des Beamtenbundes nach der Wiederwahl Flügel aussichtslos weitere Erklärungen abgeben müßte. Dr. Waldmann zog schließlich seine gegen die Reichsgewerbeverein gerichtete Erklärung zurück und der Versammlungsleiter unterbrach die Verhandlungen, um der Reichsgewerbeverein Zeit zu einer Sonderbetrachtung zu geben.

Wie und von unrichtiger Seite noch mitgeteilt wird, soll Dr. Waldmann an die Abstimmung haben, seine Kameraden im Deutschen Beamtenbund wegen des Vorfalls niedergeschlagen und aus dem Beamtenbund ausscheiden. Der Sitzungstag selbst wurde nach dem unerfreulichen Vorkommnis geschlossen. Die Aussprache geht am Sonnabend sonstig weiter.

## Abreise des Reichskanzlers nach Genua.

Berlin, 7. April. Reichskanzler Dr. Wirth ist heute abend 8 Uhr 30 vom Anhalter Bahnhof aus zu kurzer Aufenthalts nach Freiburg abgereist. Er wird sich von dort nach Genua begeben. (B. T. B.)

### Neue Hoffnung in Berlin.

Göttinger Druckschrift der „Dresden Nachrichten“.

Berlin, 7. April. Bei der Berliner Regierung sind, wie wir von maßgebender Stelle erfahren, Nachrichten aus London eingegangen, die daran schließen lassen, daß England alles daran lese, in Genua seine Pläne auf Beleidigung der wirtschaftlichen Krise in Europa durchzusetzen. Englisches Interesse will man jede Mülligkeit an Frankreich fallen lassen. (?) Es heißt, daß Pioncaré nur mit einem vollen Erfolg aus Genua zurückkehren werde. Im übrigen bestätigen die in Berlin eingetroffenen Nachrichten auch, daß die Gerüchte sich bewähren, nach denen ein englisch-amerikanisches Wirtschaftsbündnis angebahnt sei. In Berliner Regierungskreisen hat diese Meldung große Anteilnahme erregt und man hört wieder optimistische Stimmen, die große Hoffnungen auf die Konferenz von Genua sehen und auch in einem englisch-amerikanischen Wirtschaftsbündnis, wenn es eine Spur gegen Frankreich hat, eine Erleichterung für Deutschland erwarten wollen.

### Die wichtigsten Beratungspunkte.

London, 7. April. Der „Times“ aufgabe erhält sich das Gericht, daß die beiden Punkte, denen Pioncaré die größte Bedeutung im Zusammenhang mit der Genua-Konferenz beimisst, die Notwendigkeit der Abräumung zu Lande und die Anerkennung der Sowjetrepublik sind. Die „Times“ schreibt: Wenn dieses Gericht begründet sei, könne die Unterredung zwischen Pioncaré und Poincaré in Paris etwas lebhaft werden. Poincaré werde nicht dulden, daß auf irgendwelcher Konferenz zu der vormaligen Freunde und Neutralen zugelassen werden, eine Erörterung der Rückungen stattfindet. Seinen Standpunkt über die Frage der Anerkennung der Bolschewisten habe Poincaré bereits vor kurzem aufeinandergelegt. (B. T. B.)

### Zunehmende Unbehaglichkeit in Paris.

London, 7. April. Der Pariser Verlegerstaat der „Times“ schreibt: Mit dem Herannahen des Zeitpunktes der Eröffnung der Konferenz von Genua sei eine zunehmende Unbehaglichkeit in Paris an zu verachten, weil sowohl Poincaré wie auch die französischen Delegierten in Genua, deren Bewegungsfreiheit durch schärfste Vorschriften eingeschränkt werde, eine schwere Aufgabe haben würden, wenn sie verhindern sollen, daß Frankreich isoliert und in eine Lage versetzt werde, in der es vor der Welt als Hindernis dasteht. (B. T. B.)

### Die Stellung der Schweiz zur Konferenz.

Bern, 7. April. In Erledigung einer Interpellation im schweizerischen Nationalrat erklärte Bundesrat Motta über die Stellung der Schweiz zur Genua-Konferenz folgendes: In die Friedensverträge müssen wir uns nicht ein. Wir würden es begrüßen, wenn die Durchführung der Befreiung dem Völkerbunde übertragen würde. In der russischen Frage werden wir eine kluge und faire Haltung enehmen. Der Bundesrat hofft, daß die Konferenz von Genua eine Aera des Friedens und der Gerechtigkeit einleite. (B. T. B.)

### Eine einstündige Unterredung im G'razzae.

Paris, 7. April. Pioncaré ist im Extrazug in Begleitung von Sir Robert Horne heute nachmittag auf dem Pariser Nordbahnhof ankommen. Ministerpräsident Poincaré, Justizminister Barthou und der englische Botschafter Lord Hardinge bestiegen den Wagen Pioncaré. Der Extrazug wurde ab dann auf dem Ringbahnhof nach dem Etoile Bahnhof übergeleitet. Während dieser Fahrt hatten die Minister eine einstündige Unterredung. Der Extrazug Pioncaré fuhr sodann seine Fahrt nach Genua fort. (B. T. B.)

### Die Ankündigungen für die französische Delegation.

Paris, 7. April. Der Kabinettstaat genehmigte die schriftlichen Anweisungen, die Ministerpräsident Poincaré für die französische Delegation auf der Konferenz von Genua ausgearbeitet hat. Den Anweisungen liegt das Memorandum Poincarés vom 21. Januar zugrunde, in dessen Rahmen die Delegation ihre Befreiungen ausüben soll. (B. T. B.)

## Die Getreidebewirtschaftung im kommenden Wirtschaftsjahr.

Berlin, 7. April. Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand heute unter Vorbehalt des Reichsministers Lehr eine Konferenz mit Vertretern der Landwirtschaftlichen Verbindlichkeiten statt, die von zahlreichen Gegenstand der Verhandlungen war die Getreidebewirtschaftung im kommenden Wirtschaftsjahr. Da keinen Begrüßungsbogen betonte der Minister, es werde sein Bestreben sein, die Fragen, die für die Erzeugung und Ernährung in Betracht kämen, in enger Führungnahme mit der Landwirtschaft zu regeln. Die Konferenz mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministern der Länder, die jüngst stattgefunden habe, habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die volkswirtschaftliche Getreidebewirtschaftung im nächsten Jahre nicht möglich sei.

Und dieser Standpunkt stimme überein mit der Auflassung der Reichsregierung. Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung hoffe er, in einigen sozialen Verhandlungen mit der Landwirtschaft zu einem erträlichen Ziele zu kommen. Dagegen glaube er nicht, daß man bei den Kartoffeln mit einer Umlage oder sonstigen öffentlichen Getreidebewirtschaftungsform zum Siele kommen werde, da hier weit größere technische Schwierigkeiten bestehen und die Kommunalverbände auch nicht in der Lage und bereit seien, das finanzielle Risiko einer Kartoffelbewirtschaftung zu übernehmen. Man werde an den Abschluß von Lieferverträgen und die direkte Verbindung von Produzenten-Organisationen und Verbraucher-Organisationen denken müssen.

Namens der Landwirtschaftsabteilung begrüßte es der Vorsitzende des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft Edler von Braun besonders, daß der Minister wie sein Vorgänger im Einvernehmen und in Übereinstimmung mit der Landwirtschaft sein Amt zu führen gedenke.

Die sachlichen Erörterungen wurden eingeleitet durch einen Vortrag des Präsidenten der Reichsgetreideanstalt, der einleidend darlegte, welche Wirkungen auf die Verarbeitung und die Preisbildung die verschiedenen Möglichkeiten der Regelung der Verarbeitung mit Brotpreise haben. Im ganzen ergab die Aussprache trotz des im allgemeinen ablehnenden Standpunktes der Landwirtschaft gegenüber der Umlage, daß die Vertreter bereit sind, die Vorschläge zu prüfen sowie wie Mahnahmen zur Sicherung der Verarbeitung der Bevölkerung mit Brotpreisen einzuleiten, deren Ausgestaltung in weiteren Verhandlungen beraten werden soll. Es wurde eine besondere Kommission eingesetzt, der führende Persönlichkeiten des Reichsausschusses der Landwirtschaft sowie derjenigen Organisationen angehören, die im Getreideausschuss nicht vertreten sind. Die Kommission wird bereits in der nächsten Woche zusammentreten. (WTB)

## Poincarés Begründung der 18monatigen Dienstzeit.

Paris, 7. April. Im feiner gehüteten Reden in der Kammer erklärte Ministerpräsident Poincaré zum Schlus der Begründung der 18monatigen Dienstzeit: Ich sage, daß wir gewungen sind, Rücksicht zu nehmen auf den Geisteszustand Deutschlands, wo sich die militärischen Kundgebungen häufen, wo eine Propaganda entfaltet wird, die Verleumdung und der Flug (!) gegen uns, gegen die Bevölkerung und gegen den Friedensvertrag. Die Ausführung des Friedensvertrages sicherstellen und unsere Sicherheit garantieren, das sind die beiden Pflichten, denen sich keine französische Regierung entziehen kann. Ich will nicht die Voraussetzung ins Auge fassen, daß wir eines Tages für die Verteidigung unserer Rechte allein stehen werden. Wir hoffen wohl, daß der treue Beistand unserer Alliierten und nemals fehlen wird. Zum Schlus sagte Poincaré: In diesem Augenblick leidet Deutschland der Revolutionskommission widerstand und sucht die Alliierten zu trennen. Diese Haltung beweist uns, daß das Reich seine Niederlage nicht erkannt und seine Unterwerfung verlängert. Gestern haben wir im Rheinlande ein Dokument verfaßt, das sagt: (?!), daß eine Besetzung und eine Herausforderung für unsere Verbündeten und deren König ist. In Deutschland bis nach Elsass-Lothringen hat man eine sogenannte Erklärung des drei Verbündeten Orts, Pioncaré und Poincaré verfaßt (?), die ihre Missionen, ihre Verbündeten eingeschlossen, nämlich die Verlegung des Friedensvertrages.

## Staatliche Machtmittel.

Von Oberst a. D. O. Richter.

Dass ein Staat ohne Machtmittel nach außen und innen überhaupt kein Staat ist, konzentriert im günstigsten Hause eine vereindartige Gemeinschaft von so und so viel Menschen, die auf Gnade und Ungnade jeder Knäppelbande ausgeliefert ist, ist für jeden Einflussigen immer klar gewesen. Diese Unkenntlichkeit ist nach den Erfahrungen, die Deutschland seit dem glorreichen 9. November 1918 gemacht hat, bei uns jetzt dem vertraunten Fazitlager oder sonst einem Schwärmer für armes und polizeiliche Zustände in unserem geliebten Vaterlande aufgegangen. Leider Gottes zu spät, um den Schaden, den ihr Freiwohl angerichtet hat, wieder gut zu machen. Als sie in jenen unstillen Herbsttagen 1918 in den Thor der ökumenischen Feinde einstimmten und gemeinsam mit ihnen den Kampf gegen den „verruchten deutschen Militarismus“ durchführten, die alte Armee in der unglücklichen Stunde Deutschlands verschlagen halfen, zwangen sie das heilige Volk unter das Sklavenjoch, unter dem wir jetzt leiden.

Nunas 100 000 Mann Reichswehr, unzureichend bewaffnet und ausgerüstet, hat man uns, die 60 Millionen volle Menschen, umringt von waffenstarrenden Mädeln, großen und kleinen, die auf dem Sprunge stehen, jede Lebensicherung von uns niederzutunnen. Neben diesem völlig unzureichenden Schutz gegen böswillige Nachbarn, schützte man uns, zur Aufrechterhaltung der Ruhe in unserem völlig durchmischten Lande eine Polizeimacht von 150 000 Mann zu halten. An ihrer Spitze standen, wie Herr Reichsminister Dr. Röder mit eiferlicher Offenheit am 4. April mitgeteilt hat, 70 000 Mann. Das immer noch von Revolutionszügungen heimgesuchte Reich, von hunderttausenden freundwilligen Freunden durchdrungen, die ihm die Segnungen moskowitisch-sibirischen Erdparadieses mit Gewalt aufzwingen wollen, ist demnach, sage und schreibe, von 80 000 Mann bedroht. Von ihnen darf jeder dritte mit gültiger Genehmigung des Oberhauptes und Meinheitsmeisters von Deutschland, des Herrn Generals Rollot, ein Gewehr tragen. Im übrigen müssen sie sich im Kampfe gegen das Verbrennen aller Art auf ihre Brüste, im günstigsten Hause auf einen Revolver älterer Konstruktion verlassen. Um sie im Notfalle geschlossen einzufassen zu können und jederzeit zur Hand zu haben, waren sie bisher — ebenfalls mit gültiger Erlaubnis des Monsieur le général — festnärtiert und endlich trugen sie das den Franzosen aus dem Kriege her bekannte graue Tuch, das bei ihnen noch jetzt bittere Erinnerungen auslöst. Dass sie zu ihrer marodierenden Verpflegung mit feldgrau angestrichenen Feldküchen ausgestattet sind, sei hier nebenbei noch bemerkt, um das Bild ihres kriegerischen Wertes vollständig zu machen.

Uns war es bisher unbekannt, welch bedeutenden Kapitalien wir in unserer Schutzpolizei besitzen. Am besten den hatten wir in Sachsen in der letzten Zeit sehr viel an ihr auszusehen und haben mehrfach Besorgnisse darüber äußern müssen, ob die eigentlich Ausstattung unseres Ministers Lippoldt über Weise und Zweck einer Polizei das Vertrauen rechtfertige, das der ruhige Staatsbürger zu ihr an sich haben soll. Aber unser verehrter Minister ist glänzend gerechtfertigt. Die 80 000 Schutzleute besitzen viel, viel höhere Qualitäten, als wir uns, aber auch unser überster Polizeiaugathalter, haben träumen lassen. Sie bilden nach Polizeistischer Ansicht eine dauernde Gefahr für das friedfertige Frankreich und das noch pacifistischer gesinnte Polen. Gewiss besitzt Frankreich eine Friedensarmee von 800 000 Mann, Polen eine solche von 800 000, die mit allen modernen Kampfmitteln, mit 10000 Flugzeugen, ungezählten höchsten Kanonen, Wissgästen feinsten Wirkung und andern feindlichen Friedenskultur bringenden Einrichtungen ausgerüstet sind. Aber was nützt das alles gegenüber den 80 000 deutschen Schutzleuten? Ein Soldat mit einem Säbel bewaffneter Beamter gilt mehr als ein französisches Bataillon, mehr als 20 französische oder polnische Bataillone. Frankreich weiß es, was ein „Boche“ alles kann. Es hat im Kriege das Fürchten gelernt vor allem, was deutsch ist. Frankreich fürchtet deshalb auch unsere Schutzpolizei. Herr Rollot zittert und bebt, und mit ihm seien sämtliche tapfere Frankophonen, mögen sie in einem weichen oder schwachen Körper stehn. Die Schutzpolizei muss deshalb bestreitfähig oder zum mindesten in ihrem Werte derart verabgesetzt werden, dass im Vergleich mit ihr der berühmte Nachwächter von Posen als ein Napoleon dasteht. Die Grande Nation verlangt dementsprechend durch den Mund des helden Rollot; völlige Befreiung des letzten militärischen Anstrichs, den die Polizei noch hat, einschließlich der verhakteten grauen Farbe, ebenso der Feldküchen und sonstigen Fahrzeuge, denn sie könnten geladen sein. Aufrüstung der Kaiserierung der Beamten, da eine deutsche Kaiser die Bruststille aller verruchter militäristischer deutscher Gedanken ist, die das an so Friedfertige Frankreich dauernd bedrohen. Und endlich die Aufstellung aller geschlossenen Verbände und Kommunalisierung der Polizei, um jedem Schurkens das Gepräge des Stadtkoldaien zu geben, dessen Bilder schon untere Großväter in hellste Begeisterung und in die Gefahr versetzten, vor Lachen zu sterben, wenn sie die spiekernden Wäschte über Zucht und Ordnung erblickten.

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theaterspielplan für heute. Opernhaus: „Die Schneide von Schönau“ (7); Schauspielhaus: „Wilhelm Tell“ (7); Neustädter Schauspielhaus: „Als ich wieder kam“ (18); Residenz-Theater: „Siegneuerliebe“ (18); Central-Theater: „Rizzen“ (18).

† Operettentheater im Central-Theater. Wie wir in späterer Nachricht erfahren, hat die Leitung des Central-Theaters den Künstlern und Angestellten bekannt gegeben, dass ihre Verträge als aufgehoben zu betrachten seien, da das Theater am 15. Juni geschlossen und wieder in ein Varieté umgewandelt werden solle.

† Sonnenblumenpfeifer in der Kreuzkirche, nachmittags 3 Uhr: 1. Joh. Sib. Bach: Präludium und Fuge für Orgel in d-Moll; 2. Joh. Sib. Bach: Passionsgejeg. 3. Heinrich Schütz: „Die lieben Worte Christi am Kreuz“. — Mitwirkende: Der Kreuzchor, Theo Neumann (Mezzosopran), Eduard Mann (Tenor), Karl Oberholzer und ein Kruzianer (Bass), ein Kreuzlanzen-Choriste. Orgel: Berhard Baillot (d. B.); Tambour: Heinrich Bergmann-Streicher. Mitglieder des Deutschen Künstlerverbandes, Dirigent: Otto Richter. — Texte mit Bildern (Dürer) an den Kirchenstufen.

† Ludwig Flechner wird am Samstagabend 14 Uhr im Künstlerhaus mit Herbert Dietmayer vom Schauspielhaus einen Schiller-Avend veranstalten und „Wallenstein“ vortragen. Dietmayers Dimpfer bringt vorher selten gehörte Gedichte des jungen Schiller. Karneval bei Kiel und an der Abendstafette.

† Schauspielaufführung. Deutsche Sonnabend, 15 Uhr im Künstlerhaus: Einakter „Zauberstab“ von Ingobald Lacour-Terrup. — Im Kunsthofsalon läuft am Sonntag Abend „Schwabische Manuscript-Dichtungen“ von Kurt Heunike. Dichtungen von Gerrit Engelke und W. G. Dietmann.

† Lieber-Wihel. Die fleißige Sängerin Margarethe zum 20. um hatte keinen ganz glücklichen Tag. Kleinheit des Klanges war diesmal mehr als sonst zu vermissen. Sie erinnerte aber reichen Dank für die hier noch nicht bekannten Bilder mit Höhe von Jan Brandts „Buvus“ wunderbare Einführung von überzeugendem Klangwert, vornehm in der Größe, gefügt in der Vermehrung der mit feinen Anhören bedrohten Worte. „Buvus“ ist ein Tonstück von schaurig-schönem Reiz. Welk Stimmung durchdringt das „Wohlbüttchen“. Emportragender Schwung entfällt das almdürige „Brausfahrt“, dessen Wiederholung kaum zu umgehen war. John Mans verriet merkwürdig die Sätze. Mit dem auch als Begleiter in jeder Sinfonie ausgesuchten Karl Semper vermittelte er ungemein Genuss bei der Übergabe von Debussys G-Dur-Sonate mit dem bewegten G-Dur. Maggio und dem überzeugenden Finale. Der Kaufmannschaft-Gesell war leidlich gut besetzt. E. P.

Dass die Franzosen mit dieser Forderung wieder einmal einen ehrlichen Vorbruch begehen, ist diesen Männern ohne Durch und Tadel gleichgültig. Sie haben es vergessen, dass die Schutzpolizei mit ihrem Einverständnis die jetzige Organisation angenommen hat. Dass ihr Verlangen unvereinbar ist mit den Lebensbedürfnissen des wehrlos gewordenen deutschen Volkes, das zur Vorführung seines kümmerlichen Daseins unbedingt eines starken Polizeischutzes bedarf, wissen sie ebenso. Aber das ist ja ihr Wille, diesen leichten Schutz zu zerstören. Alles andere, was sie zur Begründung ihres Verlangens angeben, ist ettel Spiegelgeschrei. In hellloser die Zustände in Deutschland werden, umso mehr blüht ihr Weizen, umso gröber ist die Aussicht, ihre legten Ziele zu erreichen, d. h. Deutschland völlig zu zerstören, ihre Raubabsichten auf das Rhein- und Oberegebiet im Westen und auf ganz Oberschlesien und Oberschlesien, hier mit polnischer Hilfe, zu verwirklichen. Deutschland soll in einen bolschewistischen Trümmerhaufen verwandelt werden, auf dem dann der gallische Hahn aufgestellt sein müsste. Nied krähn kann.

Die Reichsregierung hat in vielen Teilen Herrn Rollot unbegreiflicherweise nachgegeben und erwartet offenbar, dass auch diese Erfüllungspolitik dazu beitragen wird, das Rechte zu verhindern. Natürlich erreicht sie damit gar nichts. Herr Rollot wird mit einem Stirnrunzel die Augenbraue hochziehen und im übrigen auf seiner leichten bis her nicht erfüllten Forderung der Auslösung der freien Polizeivereinigung und ihrer Kommunalisierung bestehen. Untere Linkenradikalen werden ihm dabei genau so Handlangerdienste leisten, wie sie es bei vielen anderen Gelegenheiten schon getan haben. Die Mäzenstürzung derer um Wirth muss aus alten ordnungsliebenden, staatsverdienenden Elementen kommen. Hier handelt es sich wahrscheinlich wieder einmal nicht um eine Parteifrage, sondern um eines des gesamten Volkes und des ganzen Reiches. Gewinnt das umstürzlerische Element die Oberhand, findet das Verbrecherium jeder Art seinen Damm nicht in einer auverlässlichen Polizei, dann sind die Folgen für jeden Deutschen, mag er Unternehmer oder Arbeiter, Monarchist oder Republikaner, Deutschnationaler oder rötelster Unabhängiger sein, gleich verheerend. Deshalb ist es Pflicht eines jeden, der Reichsregierung ein Halb gegenüber weiterer weicher Nachgiebigkeit auszurufen und von ihr zu verlangen, dass sie die schüchtere Hand über die Schutzpolizei hält gegenüber den seligen und nichtswürdigen Absichten französischer Niedertracht.

## Der Landesausschuss des Sächsischen Handwerks

hielt am Freitag im Konzerthaus, Metzstraße, seine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Obermeister Kunisch, M. d. L., rückte in seiner Begrüßungsansprache einen besonderen Willkommensgruß an die zahlreich erschienenen Ehrengäste. Er mahnte zum Zusammenschluss und zur Mitarbeit und gedachte dann der seit der letzten Versammlung verstorbene Handwerksführer, Obermeister Lutz Ehrenobermeister Knape, Baumeister Kirsten, Landtagsabgeordneter Sander und Obermeister Gude. Oberregierungsrat Dr. v. Buch wünschte der Tagung im Namen des Wirtschaftsministeriums einen Erfolg. Im Auftrage der sächsischen Gewerberäte begrüßte die Tagung Obermeister Bischof.

### Tätigkeitsbericht.

Der Landesausschuss hält das Kartell der Landesfachverbände dar und hat die Aufgabe, die Verbände im Verfolg ihrer Aufgaben zu unterstützen und nötigenfalls ihre Bündnisse mit der Kraft des sächsischen Gewerbehandwerks zu vertreten. Weiter hat er die Aufgabe, für einen Ausgleich der rein sachlichen Interessen Sorge zu tragen, gleichzeitig Gewerbe zur Vertretung gemeinsamer Interessen zu Gewerbeverbänden zusammenzufassen und die berufständische Gemeinschaftsarbeit des sächsischen Handwerks zu gewährleisten. Aus dem Tätigkeitsbericht geht hervor, wie er diese Ziele auf organisatorischem, fachberuflichem, wirtschaftspolitischem und sozialpolitischen Gebiete verfolgt hat. Dem Landesausschuss gehören 38 Landesfachverbände an, außerdem noch eine Anzahl von Fachverbänden, für die zurzeit noch keine Landesfachverbände bestehen. Der Aushan der Bezirksausschüsse hat ebenfalls nennenswerte Fortschritte gemacht. Der Landesausschuss wandte sich u. a. gegen die Zwangswirtschaft im Bäckerhandwerk, gegen die Reichsbekleidungsämter, gegen Sozialisierungs- und Regiebetreibungen im Baumgewerbe usw. Mit Genugtuung stellt der Bericht fest, dass der Verband der jüdischen und berufländischen Selbstverwaltung markiert. Das sächsische Handwerk hat das Vertrauen zu sich selbst wiedergewonnen und in allen Händen bemüht, sich den Anforderungen der modernen Wirtschaft anzupassen, anderseits aber auch entschlossen, sich seine verbreiteten Rechte und die Grundlagen seiner Wirtschaftlichkeit und seiner fachlichen Tätigkeit zu erhalten. Noch gilt es aber, die dann notwendigen Voraussetzungen, nämlich den Zusammenschluss in Fachverbänden und Fachverbänden und deren kartellmäßige Verbindung, lückenlos durchzuführen.

Nach kurzer Ansprache über den Tätigkeitsbericht wurden zwei Entschließungen

einstimmig angenommen. In der ersten wird schärfster Einspruch dagegen erhoben, dass die sächsische Regierung das Bekleidungsamt Dresden mit seinen wertvollen Anlagen, Maschinen und Rohstoffen in einfacher und partizipativer Weise an die Betriebsaufsichtsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg zu verkaufen beabsichtigt. Damit würde das Reichsbekleidungsamt einem Unternehmen überlassen, das bemüht das Amt in einer das Handwerk und Gewerbe schädigenden Weise verwerten würde. Landtag und Regierung werden erlucht, erneut und unverzüglich für eine Beteiligung aller Gewerbestände an dem Reichsbekleidungsamt einzutreten.

In der zweiten Entschließung heißt es:

Die Versammlung hat von den neuen steuerlichen Zu- mutungen der Reparationskommission der Feindstaaten Kenntnis genommen und erklärt, dass das sächsische Handwerk nicht in der Lage ist, weitere Steuerlasten auf sich zu nehmen. Es leidet unter Steuerlasten bereits außerordentlich. Wir vermauern uns aber auch gegen die neuere Einführung von sächsischen Sozialsteuern, die in prozentualen Abgaben von der gezahlten Lohnsumme beziehen und erneut vom Finanzministerium, das es diese nicht genehmigt, vielmehr die Gemeinden anhält, sparsamer bei der Verwendung öffentlicher Mittel umzugehen. Ganz besonders hart trifft das Handwerk die jüngste eingezogene Steuer, wie der Einkommensteuer für das Jahr 1920 und 1921, der Mindeststeuer, der Gewerbesteuer und anderer. Die jetzt erst ohne das Verhältnis des Handwerks erfolgende Abführung der Steuern greift vielfach vernichtend in das Betriebskapital ein, so dass bei einmaliger Ladung aller Steuern die Weiterführung des Betriebes unmöglich wird. Wir erwarten daher, dass die Mindestabgaben weich röhrend Stütze auf die unbilligen Härten nehmen und von dem Reich der Stundung des Rentenabzugs Gebrauch machen. Ganz besonders verwahren wir uns gegen die unerreichfestigte hohe Veranlagung zur Einkommensteuer durch einzelne Finanzämter. Das Handwerk kann erwarten, dass seine Angaben Glauben geschenkt wird, vor allem dann, wenn sie durch eine ordnungsmäßige Buchführung belegt werden. Ganz besonders fordern wir die abschlägige Revision des Aufhebung der Rentenabzüge, die mit der Zeit den Ruhm des künftigewerblichen Handwerks herbeiführen wird.

Nach der Richtigrechnung der Haushaltspolitik für 1920 wurde eine Erweiterung des Vorstandes beschlossen. Neu: Lez. wieder gewählt wurden Buchbindermeister Kästle, Dresden, Obermeister Kallies, Dresden, Schneidermeister Rudolph, Dresden, Obermeister Ederle, Annaberg, Stadtrat Jacobmann, Chemnitz.

Es folgte ein Vortrag des Syndikus Weber über die Aufgaben und Ziele des Forschungsinstituts für nationelle Betriebsführung im Handwerk in Karlsruhe. Im Anschluss hieran wurde die Errichtung einer Betriebsstelle beschlossen.

Gewerbebandsdirektor Bischof, Plauen, sprach darauf über die

### Kreditbeschaffung für das sächsische Handwerk.

Der Redner schilderte, wie segensreich die Kreditgenossenschaften und die Gewerbebank gewirkt hätten, besonders während des Krieges. Dass diese Institute nicht alle Aufgaben erfüllen können, liege daran, dass viele Handwerkmeister noch arbeitsstündig sind. Jeder Pfennig, der in andere Wirtschaftskreise abwandert, sei für das Handwerk verloren. Es gelte daher, dass die Handwerker immer mehr die Bedeutung der Kreditgenossenschaften erkennen.

Am Anschluss an einen Vortrag des Obermeisters Stadtstrat Bierner, Meißen, sprach sich die Versammlung einstimmig dahin aus, dass es im Interesse der einheitlichen Durchführung aller Berufsschulmaßnahmen und der Errichtung aller Kräfte für die Förderung der Betriebswirtschaft des sächsischen Handwerks unerlässlich sei, zwischen dem Landesausschuss und den weiteren auf Selbsthilfe beruhenden Zentralstellen des sächsischen Handwerks, wie der Landesgewerbedienst, dem Landesverband gewerblicher Gewerkschaften und der Versicherungsanstalt der sächsischen Gewerberäte, eine gleiche Arbeitsgemeinschaft zu bilden, wie sie zwischen dem Gewerbeausschuss und dem Submissionsamt besteht. Der Vorstand wurde beauftragt, deswegen mit den genannten Zentralstellen in Verbindung zu treten.

## Örtliches und Sächsisches.

### Örtliche Verwaltungsausschüsse.

Mit dem 1. April d. J. treten diese Ausschüsse in Tätigkeit. Gewählt wurden im

1. Bezirk (Pleissen, Trachau, Trachenberge, Röthenbach, Leubnitz und Liebigau): Lagerhalter Arthur Einius, Herbststraße 17, als 1. Vorsitzender; Direktor Alwin Risse, Reichen-

sauer und stimmgünstig zu singen versteht. Tonbehandlung und Textausdruck sind gut gewählt und der Ausdrucksreichtum ist schön abgestimmt. Drei Schumann-Duetts folgten, die Doris Walde und Frau E. Gruenwald mit großer Stimmungsauberlängen, dessen der verträumte und verjoumene Tonischer bedarf. Wie am Anfang vereinigten sich zum Schluss wieder „Liederkreis-Harmonie“ und „Phönix“ zu einem an Anzahl der Stimmen stattlichen Klängkörper und erlangten sich einen wohlerzielten Erfolg. Kirchenmusikdirektor Bottmann, unter dessen Führung im ersten Teil „König Sigurds Brautfahrt“ von seinem Verein „Liederkreis-Harmonie“, wie wir uns sagen lieber, wirkungsvoll und tonisch zu Gehör kam, begleitete die Solisten feinsinnig. O. H.

† Ein Vortragabend gaben Elfriede Matthes und Herbert Fischer im kleinen Saale der Kunstakademie. Beide sprachen Gedichte von Goethe, beide im schauspielerischen Sinne sie zu Szenen ausgestaltend und die Goethesche Melodie auflebend. Weitige Erfassung und geistige Kraft zeichnen die Herbert Fischer nicht aus, um die besonderen Bedingungen einer höheren Vortragkunst zu erfüllen. Fräulein Matthes bekundete mit dem Vortrag eines blumigen Märchens von Sophie Kürsch eine natürliche, weiblich angenehme Erzählergabe. Der allzu bereitwillige Beifall war irreführend. F. Z.

† Zur Verleihung der Staatspreise der Dresdner Akademie wird uns berichtigend erklärt: In der Mitteilung über verliehene Geldpreise bei der Akademie der bildenden Künste sind diese irrtümlich ausnahmslos als „große Staatspreise“ bezeichnet worden. Während den diesjährigen „Großen Staatspreisen“ der Architekt Fritz Gengen (Schule Dr. Teschen) und den nächsthöchsten Kreis, das Tornamentiale Reisstipendium, der Architekt Johannes Hörr — nicht Höre — (in derselben Schule) erhielten, sind alle übrigen Preisträger mit kleineren Geldpreisen bedacht worden. Zu den Letzteren gehörte auch der noch nicht erwähnte Studierende Seener (Schule Professor Büttig).

† Kampf der Belgier gegen deutsche Märsche. Zeitungsmeldungen anfügen hat eine Versammlung belgischer Historiker beschlossen, 1920 einen Internationalen Historiker-Kongress in Brüssel abzuhalten. Die englischen Historiker waren der Ansicht, es sollten dazu auch die Historiker der Mittelmächte eingeladen werden. Der belgische Historiker aber, der Historiker Vitzore, erklärt es für unmöglich, die Deutschen an einem Kongress teilnehmen zu lassen, auf dem die Grundlagen für die Weltkrieges festgestellt werden würden.









# Targa Florio 2. April 1922.

**Sieger: Graf Masetti auf Mercedes gewinnt die Targa Florio**

1. in Klasse Rennwagen

2. " " "

4. " " "

1. in VI. Klasse Serienwagen

2. " VI. " "

3. " II. " "

**Beste Gesamtzeit**

**Lautenschlager auf Mercedes**

**Salzer auf Mercedes**

**Sailer auf Mercedes**

**Werner auf Mercedes**

**Scheef auf Mercedes**

**Daimler-Motoren-Gesellschaft Stuttgart-Untertürkheim**

Konzertdirektion F. Ries.  
**Reute** Sonnabend,  
7 Uhr. Klostergarten  
Einziger Tanz-Abend  
**Ingeborg Lacon-Terrup**  
Am Flügel: H. Schmidt-Gregor.  
R. L.-A.: Bewegte Plastik von über-  
raschender Schönheit.  
B. B.-Z.: Starkes rhythmisches Gefühl,  
hinterlegendes Temperament, glänzende  
Technik.  
Karten: F. Ries, Seestr. 21, u. Abendkasse.

## BUNTES THEATER

Fernruf: **Tivoli-Palast** U. Hoffmeister  
20084 8 Uhr Allabendlich 8 Uhr

### Kabarett-Varieté-Spielplan.

Dolma Wied, Stimmt, Vortragksäntlerin  
Hertha Lehndorf, Verwandt-Lünzner  
Rath-Rex, Vortragksäntler, Conferencier  
Georg A. Danisch und Valy v. Losz  
Hanson und Hanson, prolongiert  
Dolly Dollar, Vortragksäntlerin  
3 Brustons, Marcial-Akt  
Danisch-Losa im „Corpus — da beginnt“  
Kinderkapelle Erwin Hontschek

Am 10. Uhr Intime Künstlerklasse  
Intime Künstlerklasse ab 10. Uhr

symians halia theater  
Die Tante kommt!! 2 Riesen-  
Schülers lernen Foxtrott + Schlager!  
Und der glänz., total neue Solo-Spielplan.

Alle Plätze an der Kasse, Vorzugskarten gültig.  
Nur abends 10. Uhr — Vorverkauf, 10—22 u. ab 6 Uhr.

## Sarrasani

Vorverkauf: Chronikasse u. Dresden-Kaufhaus,  
Täglich 7,15 Uhr

**Sonntags auch 3 Uhr**

Das große Manege-

### Sensations-

Massen- und Ausstattungs-

### Schausstück

Krone und Fessel.

in allen Vorstellungen in der Hauptrolle:

**Theodor Becker.**

## Winter Sport

Hotel zur Post, Altenberg, Fernspr. A. Launstein  
41.

Beliebtes Standquartier für Wintersportler.

Zentralheizung, Behagl. Gesellsh., gute Fremden-  
zimmer. Geschirr am Bahnhof. Max Küss.

### Buschmühle,

Station Kipsdorf i. E.

Fernruf: A. Schmidewitz-Kippsdorf 12.

Bestes Winterport-Komplekt i. Wintersportler.

Bekannt vorzügliche Ver-  
pfleg. Getreide, Fremdenstamm. Rud. Krumpolt, Bes.

Leere

### Wohnungen

2 oder 3 Büroräume

hofw. über sp. 1. 2. gef.

Off. u. Q. Z. 82 an die

Groß. d. Bl. erben.

### Lagerraum

für Geh. u. Gu. Vermittel

und Wohnen oder Monate zu

ebener Erde zu mieten ge-

Off. mit Wohnung bei Größe u.

Preis u. Q. 2206 Grop. d. Bl.

### Möblierte Wohnung

über 3 Zimmer mit Küchenr. mögl. abgetrennt. volld.

der längere Zeit zu mieten gesucht. Angebote und

Daten unter R. L. 97 an die Grop. d. Bl.

### Möbi. Wohnung

will Nähe z. 1. 2. gefund. Gute Beziehung z. 2 angesehene Meister. Off. unter Q. W. 10 an die Grop. d. Bl.

**Gebr. Hörmann, Aktiengesellschaft Dresden.**

Bezugsangebot von M. 4000000 neuen Aktien.

Die am 5. Februar 1922 aufgefundene ordentliche Generalversammlung der Gebr. Hörmann, Aktiengesellschaft in Dresden, hat u. a. beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft von M. 6000000 auf M. 12000000 zu erhöhen durch Ausgabe von 6000 Stück neuem auf den Anteil laufenden Stammaktionen über je M. 1000 Rennbahn.

Die neuen Stammaktionen sind den alten Stammaktionen gleichberechtigt und nehmen am Gewinn für das laufende Geschäftsjahr, also ab 1. Januar 1922, voll teil. Sie sind auf Grund des Beschlusses der ordentlichen Generalversammlung an ein unter Führung der Deutschen Bank Filiale Dresden in Dresden bestehendes Konsortium abgegeben worden mit der Wahrgabe hierzu M. 4000000 Rennbahn den Beliebten der alten Stammaktionen zum Bezug anzuwerben.

Angesichts der Durchführung der Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, lassen wir die Beliebten der alten Stammaktionen hiermit auf das ihnen gehörende Bezugssrecht unter folgenden Bedingungen gefordert zu machen:

1. Hat in M. 3000 Rennbahn alle Stammaktionen wieder neu neue Stammaktionen über je M. 1000 Rennbahn zum Preis von 100% ihres Wertes auf die alten Stammaktionen eingetragen werden.

2. Die Generalversammlung des Bezugsrechts hat bei Verfestigung des Wissensbuchs innerhalb der Zeit

vom 10. bis 27. April 1922 einschließlich.

an erlangen. So kann ausgeschlagen werden

in Dresden: bei der Deutschen Bank Filiale Dresden,

je Berlin: bei den Herren von Goldschmidt-Buschfeld & Co.

Bei dem Jede ist die Zahl nach den Nummernfolge geordnet, ohne Gemeinschaftsbuchstaben und zwei gleichlängigen Nummern obne 4. Der Begriff Bildecke bei den Bezugskräften erlaubt, diesen einzutragen. Der Bezug ist gleichlängig. Innerhalb eines Kalenders ist der Bezugswert erfolgt. Sollte er am Ende des Bezugswerts nichtlängen, wird die übrige Bezugswert erhöht. Das Bildeck ist in Abrechnung gebracht.

Zugleich mit der Überreichung ist der Bezugspunkt von 100% mit

M. 1300 für jede Zahl

ionie der Schlußnahmekarte einzutragen. Über die Einzahlung wird mit einem der beiden An-  
machschein, welcher abweichen dem Gemeinde-  
zurückgegeben wird, qualifiziert. Die eingerichteten  
höheren Wahlen werden abgestempelt eben als  
juristisch gegeben.

3. Die Wissensbildung der neuen Wahlen an den be-  
grenzenden Wahlen erfolgt nach deren Verfü-  
gung gegen Rückgabe des mit der Qualität über  
die Einzahlung vereinbarten Gemeindebezeichnens.

Dresden, den 6. April 1922.

Gebr. Hörmann, Aktiengesellschaft.

Deutsche Bank Filiale Dresden.

**Schöfferhof - Binding - Bürgerbräu**

Aktiengesellschaft.

Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten  
bei uns eröffneten Projektes sind

nom. Mk. 10000000,- neue Aktien

10000 Stück über je Mk. 1000,- Mr. 5000 — 15000

der

Schöfferhof-Binding-Bürgerbräu Aktiengesellschaft

in Frankfurt a. M.

im Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zu-  
gelassen.

Berlin, im April 1922.

**Gebr. Arnhold.**

2 mittelj. braune Pferde,

1 einj. braunes Fohlen,

2 Tafelwagen, 40 und 80 Ztr.

1 Kutschwagen, offen.

Germer. mehrere Arbeitselefanten. Rau-  
schaffte, Droschen, 2 Reithallen mit Jausenzug und  
über 100 Elefanten und Auflösungsrückzügen.

Abbildung erhalten nur 8 Uhr vormittags und 12 Uhr  
mittags. POPPELLA Maschinen A.-G.,  
Wiener Straße 22.

**Gebr. Arnhold.**

2 mittelj. braune Pferde,

1 einj. braunes Fohlen,

2 Tafelwagen, 40 und 80 Ztr.

1 Kutschwagen, offen.

Germer. mehrere Arbeitselefanten. Rau-  
schaffte, Droschen, 2 Reithallen mit Jausenzug und  
über 100 Elefanten und Auflösungsrückzügen.

Abbildung erhalten nur 8 Uhr vormittags und 12 Uhr  
mittags. POPPELLA Maschinen A.-G.,  
Wiener Straße 22.

**Gebr. Arnhold.**

Im Sommergestüt Lopshorn

bei Detmold

**Frühjahrs- Auktion**

am Freitag den 5. Mai vorm. 10 Uhr.

Vorberichtigung:

Donnerstag den 4. Mai nachm. 2 Uhr.

Der Versteigerung kommen eine große Anzahl er-  
wünschter Reit- und Wagenpferde sowie Zuchtpferde.

Versteigerungszeitpunkte ab 15. Uhr gegen Ein-  
tritt von 10 Mk. durch die Reichsbahn-Bahnhöfe

Detmold, Lipp., Pferdebeschauer, r. G. m. b. H.

Detmold-Land, Villa Wantrup, Tel. 614.

**Möbli. Wohnung**

mit Küche z. 1. 2. gefund. Gute Beziehung z. 2 angesehene

Meister. Off. unter Q. W. 10 an die Grop. d. Bl.

**Möbi. Wohnung**

mit Küche z. 1. 2. gefund. Gute Beziehung z. 2 angesehene

Meister. Off. unter Q. W. 10 an die Grop. d. Bl.

**Beste Gesamtzeit**

**Lautenschlager auf Mercedes**

**Salzer auf Mercedes**

**Sailer auf Mercedes**

**Werner auf Mercedes**

**Scheef auf Mercedes**

**Pferde-Verkauf.**

Stille vom Sonntag den

9. April vormittags ab frische

Schleswig Holsteiner

Pferde

von 3—5 Jahren in meiner Be-  
hördung zum Verkauf.

Telefon: 1111 und Großbahnhof 213.

**Priestewitz. Gustav Ziegenbalk.**

Telefon: 1111 und Großbahnhof 213.

**Ein Paar langschwänige Rappen, 5jährig,**

**ein Paar schwere Füchse, 6jährig,**

und verschiedene Hengste in Ackerpferden haben zum

Verkauf Jordanstraße 10. Tel. 13688.

**Original Oldenburger**

**Wesermarsch - Zuchtvieh.**

Bin mit einem Transport

von 40 Stück sehr Kühne und

hübsche, hohe und gesunde